Energie-Gebäudepass ab 2008 Pflicht

Regierung beendet Streit / Zwei Ausweisvarianten

BERLIN. Hausbesitzer müssen nach dem Willen der Bundesregierung von 2008 an einen Pass über den Energieverbrauch ihres Gebäudes vorlegen. Darauf haben sich die zuständigen Ministerien nach monatelangem Streit geeinigt. Die Neuregelung der Energie-Einsparverordnung tritt damit ein Jahr später als geplant in Kraft.

Für Gebäude mit bis zu vier Wohnungen, die vor 1978 gebaut wurden, werde der strengere bedarfsorientierte Pass zur Pflicht, sagte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, gestern in Berlin. Auch wer künftig Mittel aus staatlichen Förderprogrammen bekommen möchte, muss einen Bedarfsausweis vorlegen.

Zehn Jahre Laufzeit

Bei allen größeren Gebäuden mit mehr als vier Wohnungen kann der Eigentümer dagegen zwischen verbrauchs- und bedarfsorientiertem Ausweis frei wählen. Bis die Neuregelung 2008 in Kraft tritt, gilt für alle Hausbesitzer Wahlfreiheit zwischen den beiden Modellen. Die Laufzeit des Energiepasses, der eine EU-Richtlinie umsetzt, beträgt jeweils zehn Jahre.

Der am Bedarf ausgerichtete Energiepass liefert Mietern und Käufern von Wohnungen oder Häusern Informationen über den Gebäudezustand, Öl- oder Gasverbrauch, Wärmedämmung sowie Anreize für Sanierungen. Der Verbrauchsausweis zeigt dagegen nur den reinen Energieverbrauch der aktuellen Bewohner eines Hauses oder einer Wohnung an.

Monatelanges Ringen

Um den Energiepass hatten Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) und Bauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) monatelang gerungen. Gabriel hatte den Verbrauchsausweis deutlich kritisiert. Dieser Pass sei unzureichend, weil nicht einfach nur das Nutzerverhalten der Bewohner, sondern auch der Bau an sich und die Heizanlagen begutachtet werden müssten.

SPD-Fraktionsvize Kelber sagte, er sei sicher, dass der bedarfsorientierte Energiepass sich auf dem freien Markt für den Großteil aller Wohnungen, die saniert oder verkauft würden, durchsetzen werde. Diese Passvariante werde einen niedrigen dreistelligen Euro-Betrag kosten. Immobilienverbände hatten den Bedarfsausweis als zu teuer abgelehnt, Mieterbund und Umweltverbände sich dagegen für dieses Modell eingesetzt. *(dpa/ar)*

BEFLÜGELT

Der Prototyp des Flügelboots „Seafalcon" wird zunächst ohne Flügel per Muskelkraft an die Warnow in Rostock transportiert, um ihn mit einem Kran ins Wasser zu heben. Das Fahrzeug mit Flügel, Leitwerk und Cockpit soll mit bis zu 150 Kilometern pro Stunde knapp über der Wasseroberfläche gleiten. Das Flügelboot wurde von der Rostocker Firma Meerestechnik Engineering entwickelt und hat acht Sitze. Weil das Fahrzeug als Schiff eingestuft wird und nicht als Flugzeug, kann es auch ohne Pilotenschein gesteuert werden. Foto: dpa

Medienkonzern Vivendi verklagt Telekom in USA

Vorwurf der illegalen Aneignung von PTC-Anteilen

PARIS. Der französische Medienkonzern Vivendi hat die Deutsche Telekom in den USA wegen angeblich betrügerischer Aneignung seiner Investition von 2,5 Milliarden US-Dollar in den polnischen Mobilfunkanbieter PTC verklagt. Die Telekom habe Vivendis Anteil von 48 Prozent an der Polska Telefonia Cyfrowy (PTC) mit illegalen Methoden erworben, erklärte Vivendi SA gestern. Dabei habe der deutsche Konzern „sich systematisch geweigert, sich Gerichtsurteilen zu beugen".

Anschuldigungen unzutreffend

Ein Sprecher der Telekom wies die Anschuldigungen von Vivendi als unzutreffend zurück. Das Vorgehen des französischen Unternehmens sei eine „bewusste Fehlinformation der Öffentlichkeit". Ziel sei dabei, die Deutsche Telekom zu diskreditieren.

Die Klage vor einem Bundesgericht im US-Staat Washington gründet auf einem Gesetz gegen Wirtschaftskriminalität. Sie betrifft formal Vivendi und T-Mobile, die beide in den USA aktiv sind, nennt aber auch die Telekom und die polnische Elektrim. Der seit 1999 währende Streit hat bereits Gerichte in Österreich und Polen beschäftigt. Die PTC hält mit zehn Millionen Kunden 40 Prozent des polnischen Mobilfunkmarktes.

Bevorzugung von Gläubigern

Die Telekom, die schon vorher 49 Prozent an PTC hielt, hatte eine Kaufoption auf weitere 48 Prozent gezogen. Deren Gültigkeit wird aber von Vivendi bestritten. Vivendi reklamiert den Anteil für sich, da die Beteiligung früher der Holding Elektrim Telekomunikacja (ET), einem Gemeinschaftsunternehmen von Vivendi und Elektrim, gehört hatte. Die Franzosen werfen dem Bonner Konzern „illegale Geheimverhandlungen" mit Elektrim-Gläubigern über die Kaufoption vor. Die Telekom sieht sich als rechtmäßiger Eigner von 97 Prozent der PTC-Anteile.

Vivendi-Chef Jean-Bernard Levy erklärte: „Mit der Klage bittet Vivendi das Gericht um eine einfache Lösung: Gebt uns unser Geld oder unsere PTC-Aktien zurück." *(dpa/ar)*

ROBOTER-TEAM

Ein Techniker der Firma OTC zeigt auf der Euroblech-Messe in Hannover teamkoordiniertes Arbeiten dreier Roboterarme beim Schweißen. Die internationale Leitmesse für Blechbearbeitung hat gestern mit mehr Ausstellern als jemals zuvor begonnen. 1400 Unternehmen aus 42 Ländern erwarten hohes Interesse bei den Fachbesuchern der Branche. Foto: dpa

Passagierrekorde und mehr Angebote

Ab Sonntag gilt europaweit der Winterflugplan

Ab kommendem Sonntag gilt bei allen europäischen Luftfahrtgesellschaften der Winterflugplan. Die Flughäfen Schönefeld, Dresden und Leipzig/Halle glänzen ausnahmslos mit Bestwerten bei den Fluggastzahlen. Dieser Entwicklung folgen die Fluggesellschaften mit teilweise erweiterten Angeboten für die nächsten Monate.

VON HARRY MÜLLER

In Schönefeld werden in diesem Jahr nach Angaben von Airport-Sprecher Eberhard Elie erstmals 5,8 Millionen Fluggäste erwartet. Das sind etwa 800 000 mehr als im Vorjahr. Auf dem Flughafen Dresden wurden im Monat September erstmals in der 71-jährigen Geschichte des Airports über 200 000 Passagiere abgefertigt. Diese Zahl, so Flughafensprecherin Petra Siebert, war allein in diesem Monat höher als im gesamten Jahr 1990. Zum ersten Mal soll 2006 die Marke von 1,8 Millionen Passagieren überschritten werden. Ähnlich ist es auf dem Leipziger Flughafen. Mit rund 290 000 Fluggästen ist auch hier im September ein neuer Rekord aufgestellt worden.

Auf allen drei Airports waren nach offiziellen Angaben vor allem die Billigfluglinien Treiber der erfreulichen Passagierentwicklung, die nun durch neue Angebote im Winterflugplan unterstützt werden soll. Hier ein Überblick über die neuen Angebote.

■ **Schönefeld:** Die neue russische Fluglinie Rossija, die durch Fusion mit der Pulkowo entstanden ist, fliegt künftig dreimal in der Woche nach St. Petersburg.

Der Billigflieger germanwings startet mit einer neuen Linie ebenfalls nach St. Petersburg. Flugtage sind Donnerstag und Samstag.

Die Egyptair bietet im Winter zwei wöchentliche Flüge nach Kairo an und die bulgarische Gesellschaft Air Via hat montags und donnerstags Flüge nach Sofia ins Programm genommen.

■ **Dresden:** Vor allem die zweitgrößte deutsche Fluglinie Air Berlin setzt ihre Marken in Dresden. Bis zu fünfmal pro Woche wird das Kleine Drehkreuz Nürnberg angeflogen. Damit sind Rom, Mailand, Paris und Budapest montags bis freitags auch für die Fluggäste aus der Lausitz relativ günstig zu erreichen. Ab Februar stockt Air Berlin ihre wöchentlichen Flüge nach Palma de Mallorca auf drei auf. Zweimal pro Woche geht es nonstop nach Hurghada in Ägypten.

Die dba-Verbindung nach Düsseldorf, die es seit Mai gibt, wird mittwochs, donnerstags und freitags zusätzlich auch nachmittags geflogen.

Die Fluggesellschaft Intersky bietet montags, mittwochs, freitags und sonntags Flüge von Dresden zum Bodensee nach Friedrichshafen an.

Die Austrian Airlines startet im Winter täglich von Dresden nach Wien und die Cirrus Airlines bietet täglich außer samstags eine Verbindung nach Zürich.

Auf allen Linien der Air Berlin und der Condor ab Dresden werden auch Einzelplatztickets verkauft.

■ **Leipzig/Halle:** Mit den Zielen München und Düsseldorf startet die Niedrigpreislinie HLX neue Angebote, die sie ab Dezember nach Klagenfurt und Salzburg erweitert. Nach Angaben der Flughafengesellschaft gelten dabei Streckenpreise ab 19,99 Euro einschließlich Steuern und Gebühren. Montags bis freitags fliegt HLX zweimal täglich nach München und Düsseldorf, sonntags gibt es eine Verbindung.

Günstig geht es nach Wien und Paris. Die Austrian Airlines fliegt montags bis sonnabends täglich dreimal in die österreichische Hauptstadt. Die Air France hat 14 Direktverbindungen zum Pariser Airport Charles de Gaulle im Programm, während Air Berlin täglich nach London Stansted fliegt.

ZUM THEMA

Gemeinsame Schalter

■ Gut zwei Monate nach der Übernahme des Fluggesellschaft **dba durch Air Berlin** ist die Integration nach den Worten von Konzernchef Joachim Hunold vollzogen. „Jetzt müssen nur noch die Flugzeuge umlackiert werden", sagte Hunold gestern in Berlin. Von Anfang November an werde es eine gemeinsame Abfertigung an den deutschen Flughäfen geben. Dann könnten Passagiere ihre **Bordkarte auch am Automaten** bekommen. Von Mitte November können diese auch zu Hause am Computer ausgedruckt werden. *(ddp/ar)*

Ländlichem Raum fehlt High-Speed-Internet

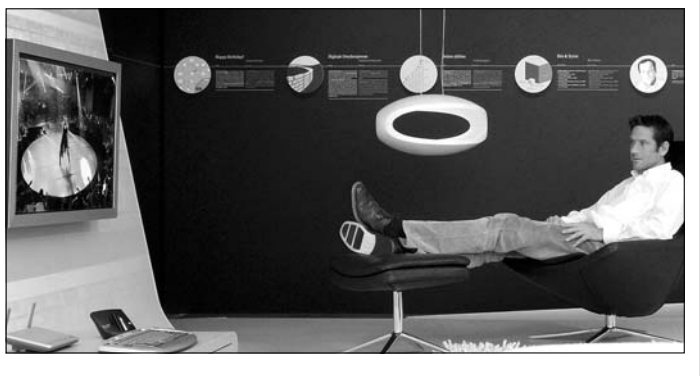
Experten in Vorpommern testen neue Insellösungen für Breitbandtechnologie

STRALSUND. Wenn sich abends die Bewohner in den kleinen, abseits gelegenen Inseldörfern von Rügen oder Usedom ins Internet einwählen, ist Geduld gefragt. Nur langsam bauen sich die Seiten auf. Das Herunterladen von Daten dauert eine Ewigkeit. Weil schnelle DSL-Anschlüsse fehlen, macht das High-Speed-Internet noch immer einen Bogen um den ländlichen Raum.

Von einer flächendeckenden Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen ist Deutschland noch weit entfernt. Bislang gebe es bundesweit lediglich 11,6 Millionen Breitbandanschlüsse, sagt Axel Post vom Stralsunder Breitband-Institut, das zusammen mit Siemens nach praktikablen Insellösungen für ländliche Räume sucht. Gerade mal 14 Prozent der Deutschen könnten derzeit mit Hochgeschwindigkeit ins Internet. Zum Vergleich: In Finnland sind es 24 Prozent, in den Niederlanden 27 und in Dänemark gar 30 Prozent. Dass leistungsfähige Kabelnetze meist auf dicht besiedelte Gebiete begrenzt bleiben, liegt zum Teil auch an der Monopolstellung der Telekom. Die werde jenseits der Großstädte immer erst dann aktiv, wenn Mitbewerber mit einer eigenen Infrastruktur auf den Plan rücken, sagt Post.

Die Politik der großen Telekommunikationsanbieter behindere die gleichmäßige Entwicklung der Regionen, erklärt Tim Brauckmüller. Er ist der deutsche Projektleiter des EU-Projekts „Baltic Rural Broadband Project", das Betriebsmodelle für Breitbandtechnologien in ländlichen Regionen der Ostseeanrainer entwickeln soll. „Insgesamt 23 Partner werden bis Ende 2007 in acht ausgewählten Regionen 19 Projekte erstellen", sagt Brauckmüller. Die EU stelle dafür 3,4 Millionen Euro bereit. Die Fachhochschule Stralsund sei dabei als Forschungspartner eingebunden worden. „Wir prüfen unter anderem kabellose Technologien, die sich für den Einsatz auf dem Lande eignen könnten", sagt Projektmitarbeiter Thomas Rottenau. In Stralsund würden bereits intelligente Lösungen getestet: Die neuen Spezialgeräte seien zum Beispiel in der Lage, bestimmte Daten bei Übertragungsengpässen zurückstellen während andere, wichtigere Dienste mit Priorität weitergeleitet werden.

Das besondere Interesse der Ingenieure konzentriert sich derzeit auf die vor dem Marktdurchbruch stehenden funkgestützten Wimax-Verbindungen. Die Frequenzen dafür sollen ab Dezember von der Bundesnetzagentur versteigert werden. *(ddp/ar)*



In Großstädten haben Internetnutzer eher die technischen Kapazitäten, Filme herunterzuladen. Die schnelle Verbindung dafür fehlt in weiten Teilen des Landes. Archivfoto: gms

KURZ NOTIERT

Linkedin peilt Deutschland an
Das nach eigenen Angaben weltgrößte Internet-Businessnetzwerk Linkedin mit 7,8 Millionen Mitgliedern will verstärkt in Deutschland wachsen. Es werde demnächst eine deutsche Version starten, sagte Linkedin-Mitbegründer Konstantin Guericke gestern. Das in Palo Alto (US-Staat Kalifornien) ansässige Unternehmen Linkedin hat bisher 250 000 Nutzer in Deutschland und drei Millionen in Europa.

Whirlpool gut im Geschäft
Der weltgrößte Haushaltsgerätehersteller Whirlpool hat im dritten Quartal und den ersten neun Monaten 2006 dank des Kaufs des großen US-Konkurrenten Maytag den Umsatz stark erhöht. Das gute Geschäft in Europa und Lateinamerika habe ebenfalls zum Umsatzanstieg im dritten Quartal von 35 Prozent auf 4,8 Milliarden Dollar (3,8 Milliarden Euro) beigetragen, teilte Whirlpool mit. Zum Konzern gehören auch die Marken Maytag und Bauknecht.

Gültige Vergabeentscheidung
Bei einer Ausschreibung öffentlicher Bauaufträge unter fünf Millionen Euro können erfolglose Bewerber keine gerichtliche Nachprüfung der Vergabeentscheidung verlangen. Das hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden (AZ: 1 BvR 1160/03). Die entsprechende gesetzliche Regelung sei verfassungsgemäß, heißt es in dem gestern veröffentlichten Beschluss. Das Interesse des Staates an einer raschen Vergabe und Ausführung der Maßnahme sei wichtiger als das Rechtsschutzinteresse des erfolglosen Bieters.

Mehr Rabatt bei Autokauf
Autokäufer handeln einer Umfrage zufolge beim Kauf eines Neuwagens im Durchschnitt 13,4 Prozent Rabatt aus. Noch vor elf Jahren habe der durchschnittliche Preisnachlass lediglich bei 8,8 Prozent gelegen, berichtete die Unternehmensberatung Marketing Partner gestern in Wiesbaden. Auch die Zahl der eingeholten Angebote habe sich von durchschnittlich zwei auf 2,5 Offerten erhöht.

Großfusion im Bergbaubereich

RIO DE JANEIRO. Eine neue Großfusion in der Rohstoffbranche lässt den zweitgrößten Bergbaukonzern der Welt entstehen. Der brasilianische Konzern Companhia do Vale Rio Doce (CVRD) teilte gestern mit, die Kontrolle über die kanadische Inco-Gruppe erlangt zu haben. CRVD habe mehr als 75 Prozent der Aktien aufgekauft. CVRD hatte im August ein feindliches Übernahmegebot für Inco abgegeben, das sich auf 15,8 Milliarden US-Dollar (12,3 Milliarden Euro) belief. Die in der Nacht zu gestern abgelaufene Frist für den Verkauf von Inco-Anteilen sei bis zum 3. November verlängert worden. Ziel sei, 100 Prozent an dem Konkurrenten zu erwerben, teilte CVRD mit. *(AFP/ar)*

Ex-Enron-Chef muss 24 Jahre ins Gefängnis

WASHINGTON. In einem der spektakulärsten Wirtschaftsbetrugsprozesse der US-Geschichte ist der Exboss des einstigen Energieriesen Enron, Jeffrey Skilling, zu einer Gefängnisstrafe von 24 Jahren und vier Monaten verurteilt worden. Der 52-Jährige muss außerdem Schadenersatz in Höhe von etwa 45 Millionen Dollar (36 Millionen Euro) an die Betrugsopfer zahlen. Mit dem Urteil blieb Bezirksrichter Simeon Lake am Montag in Houston (Texas) um nur wenige Monate hinter dem höchsten Strafmaß zurück, das jemals in einem Verfahren wegen Wirtschaftskriminalität verhängt wurde. Skilling legte gegen das Urteil Berufung ein. *(dpa/ar)*